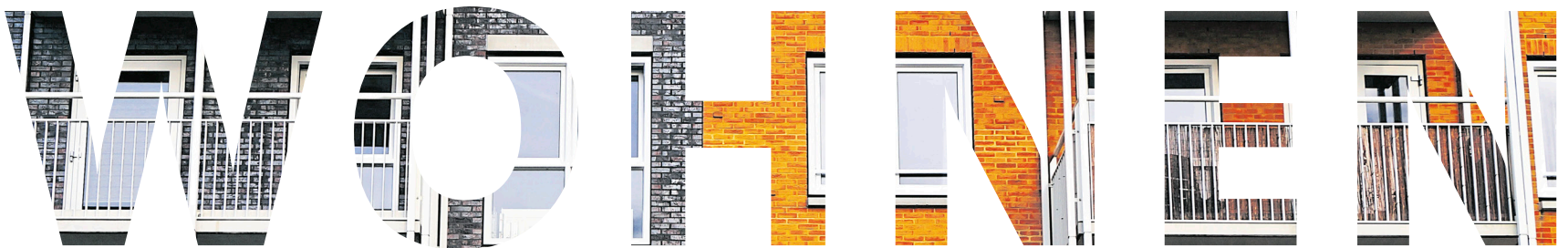


ROT PUR!

MIT NEUER KRAFT ZU ALTER STÄRKE

Mit dem einstimmig beschlossenen Leitantrag beim Landesparteitag im Juni 2018 in Bochum haben wir den ersten Schritt unternommen, um die NRWSPD programmatisch wieder auf Kurs zu bringen. Unser Ziel ist es, mit eigenen inhaltlichen Impulsen auch den bundespolitischen Neuaufstellungsprozess mitzugestalten. Organisiert wird die inhaltliche Neuvermessung auf allen Ebenen der Partei im Rahmen der „Zukunftsdebatten“ zu vier inhaltlichen Themen: Zukunft der Arbeit, Aufstiegschancen, Soziale Sicherheit, Solidarische Gesellschaft. Die Diskussionen dazu führen wir mit unseren Mitgliedern, mit den Parteigliederungen, im Landesvorstand, aber auch mit gesellschaftlichen Akteuren und Multiplikatoren, mit den Gewerkschaften, Unternehmensverbänden, Sozialverbänden und vielen mehr. Bis zum bis zum Landesparteitag am 21. September wollen wir wieder ein klares Profil „Rot pur“

entwickeln. Eine Partei ist niemals Selbstzweck – auch und erst recht nicht unsere SPD –, denn sie hat einen gesellschaftlichen Auftrag und eine Funktion im Parteiensystem zu erfüllen. Unsere Aufgabe ist es, einerseits reale Probleme von realen Menschen zu lösen, andererseits genau dafür unsere alten Zukunftsversprechen – Aufstieg durch Bildung, Arbeit, die sich lohnt, Absicherung im Alter, Bezahlbares Wohnen, niemand bleibt zurück, niemand bleibt allein (Zusammenhalt) – zu erneuern. Wir haben in diesem Jahr klare inhaltliche Schwerpunkte gesetzt und uns dabei auf wenige zentrale Themen fokussiert. Ende Juni hat der Landesvorstand wegweisende Beschlüsse zu den Themen Wohnen, Steuern, Bildung und Rente auf den Weg gebracht.



Bezahlbarer Wohnraum ist die wichtigste soziale Frage unserer Zeit. Jedes Jahr fehlen allein in NRW rund 80.000 Wohnungen. Die Mieten sind exorbitant gestiegen. Hausbesitz ist zum Luxus geworden.

Das Versprechen, dass der, der hart arbeitet, sich irgendwann eine kleine Wohnung oder gar ein Eigenheim leisten kann, gilt nicht mehr. Mehr noch: Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Viele Menschen können sich Städte wie Düsseldorf,

Köln, Bonn oder Münster schlichtweg nicht mehr leisten. Wohnen ist aber kein Wirtschaftsgut, Wohnen bedeutet Heimat und Zuhause. Deshalb lautet unser Grundsatz: Gemeinwohlorientierung vor Renditeorientierung. Unser Ziel ist, dass Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Miete ausgeben müssen. Dafür muss die öffentliche Wohnungspolitik in den Kommunen, im Land und im Bund jetzt umsteuern. Wir brauchen eine aktivere Rolle des Staates, um eine soziale Katastrophe zu verhin-

dern. Mit der Wiedereinrichtung einer Landeswohnungsbaugesellschaft können wir öffentliche Wohnungsbaunternehmen dabei unterstützen, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Mit einer neuen Förderpolitik und Anreizen für private und öffentliche Investoren schaffen wir längere Bindungen für öffentlich geförderte Wohnungen. Mit einem gemeinwohlorientierten Boden- und Infrastrukturfonds versetzen wir die Kommunen in die Lage, wieder selbst über Bauland und Grundstücke zu verfügen oder diese zu entwickeln – nach dem Motto: Öffentliches Gut bleibt in öffentlicher Hand. Auf diese Weise senken wir die Baukosten deutlich. Zusätzlich schaffen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür, die Mietpreisentwicklung an besonders überhitzten Wohnungsmärkten kurzfristig zu stoppen. →

STEUERN

Solidarität beginnt mit einer gerechten Steuer- und Finanzpolitik. Steuern sind kein Selbstzweck, sondern die Basis für einen handlungsfähigen Staat. Mit der Hessen-SPD haben wir Ende März in einem gemeinsamen Papier konkrete Ziele für eine zukunftssichernde und gerechte Steuerpolitik formuliert. Wir wollen, dass der Grundsatz wieder gilt: Starke Schultern tragen mehr als Schwache. Die Aussetzung

der Vermögenssteuer und die drastische Senkung des Spitzensteuersatzes haben die wenigen wirklich Reichen entlastet. Die Einnahmefälle hat die große Mehrheit der Klein- und Mittelverdiener mit der erhöhten Mehrwertsteuer aufgefangen. Mega-Erbschaften sind dagegen praktisch von der Erbschaftsteuer befreit. Diese Privilegierung von Vermögenserwerb ohne eigene Leistung ist ein Schlag

ins Gesicht für Millionen von Erwerbstätigen, die sich für den Lohn ihrer Arbeit abmühen und Steuern zahlen. Wir wollen daher eine Erhöhung des Steuersatzes für sehr hohe Einkommen, eine substantielle Erbschaftsteuer für besonders hohe Erbschaften und eine wirkliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen sowie effektive Maßnahmen gegen Steuerbetrug und Steuerumgehung. Zudem müssen wir international agierende Unternehmen wie Starbucks oder Amazon sowie Gewinne auf Finanztransaktionen endlich wirksam und angemessen besteuern. Der eingeschlagene Weg einer internationalen Mindestbesteuerung aller Unternehmen an allen Orten der Welt ist dafür ein spannender Ansatz.

BILDUNG

In unserem Bildungspapier „Aufstiegchancen durch Bildung“ haben wir Ende letzten Jahres die **Ziele und die Umsetzungsmöglichkeiten sozialdemokratischer Bildungspolitik** formuliert. Wir wissen alle: Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das früher oder später rächen. Und trotzdem liegt Deutschland

bei den Bildungsausgaben deutlich, d.h. rund 30 Milliarden Euro pro Jahr, unter dem OECD-Durchschnitt. Und NRW liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist unser klares Ziel, Spitzenreiter im Bund zu werden und dazu den Bildungsetat spürbar zu erhöhen. Zunächst heißt das, dass wir Bildung im gesamten

Lebensverlauf beitragsfrei machen. Und es heißt, dass bei größeren Herausforderungen auch die personellen und Sachausstattungen besser sein müssen. Dabei gilt für alle Bereiche die Forderung „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“. In diesem Zusammenhang muss auch eine sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in allen Bildungsbereichen geregelt werden. Des Weiteren müssen Lösungen zur dauerhaften Finanzierung von Inklusion, Ganztags und Schulsozialarbeit gefunden und implementiert werden.

RENTEN

Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen des Sozialstaats. Eine **wirksame und verlässliche Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung im Alter** kann für die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Regel nicht durch Erwerbsarbeit, Erspar-

nisse oder private Versicherungen gewährleistet werden. Die NRWSPD war und ist die treibende Kraft bei der Umsetzung einer Rentenreform. Bereits im Herbst 2018 setzte die NRWSPD eine Rentenkommission ein, auch deshalb, weil bis dahin die vereinbarte Kommission auf Bundes-

ebene nicht zustande gekommen war. Während die Rentenkommission in Berlin noch tagt, liefert die NRWSPD bereits Ergebnisse. So fordern wir unter anderem das eindeutige Bekenntnis zur gesetzlichen Rente, die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus und die Prüfung, wie es wieder angehoben werden kann, die Einführung einer Grundrente ohne eine Bedürftigkeitsprüfung sowie konkrete Schritte zur Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen. ■

BEWÄHRUNGSPROBE KOMMUNALWAHL 2020

Uns steht im kommenden Jahr eine wichtige Bewährungsprobe bevor, die zeigen wird, ob es uns gelungen ist, den Kurs „Rot pur“ erfolgreich nach innen und nach

außen zu tragen. Bei den Kommunalwahlen 2020 werden wir mit einem konsequenten Themen-Wahlkampf unter Beweis stellen, dass die Sozialdemokratie in NRW

wieder da ist. Dass wir das schaffen können, haben unter anderem die erfolgreich gewonnenen Bürgermeisterwahlen in Lage und Stolberg gezeigt. **Jetzt heißt es weitermachen, anpacken und die NRWSPD wieder nach vorne bringen!**

3 MAL KURZ UND KNAPP

mit Patrick Haas und Matthias Kalkreuter

Zwei junge Gesichter der NRWSPD konnten am 16. Juni die Bürgermeister-Stichwahlen deutlich für sich entscheiden. Der 32-jährige Matthias Kalkreuter gewann mit 61% der Stimmen in Lage und der 37-jährige Patrick Haas setzte sich mit rund 59% in Stolberg durch. Wir haben mit den beiden Wahlsiegern über ihren Wahlkampf gesprochen.



Matthias Kalkreuter (l.) und Patrick Haas (r.)

Was hat euch motiviert, für das Amt des Bürgermeisters zu kandidieren?

Matthias: Man kann in der Kommunalpolitik vieles verändern und für seine Heimatstadt viel Gutes tun. Das ist mein Anspruch. Ich lebe gerne in meiner Stadt und möchte das auch weiterhin tun. Deswegen will ich jetzt als erster Bürger der Stadt diese positive Entwicklung in Lage weiter voranbringen.

Patrick: Das Schöne ist ja, dass die Kommunalpolitik das Handwerk der Politik ist. Man ist sehr nah dran an den Leuten und merkt, was die Menschen wirklich brauchen. Außerdem sieht man die Resultate relativ zügig und kann sehr vieles gestalten. Als erster Bürger der Stadt kann man der Stadt ein Gesicht geben, eine Richtung vorgeben, und das hat mich gereizt.

Ihr habt beide einen sehr erfolgreichen Wahlkampf hinter euch. Womit habt ihr die Bürgerinnen und Bürger von euch überzeugen können?

Matthias: Ich glaube, dass die Menschen schnell gemerkt haben: Das ist einer von hier, der sich für diese Stadt einsetzt, der vernetzt ist und all das schon seit langer Zeit. Ich bin immer authentisch geblieben und das hat mich auch von den anderen Kandidaten unterschieden. Und was vermutlich für uns beide gilt: Das Wahlergebnis war in jedem Fall auch ein Erfolg der Jugendlichkeit.

Patrick: Das kann ich so unterschreiben. Entscheidend ist, dass man sich so gibt, wie man ist. Dass man mit den Menschen redet und sich wirklich die Zeit nimmt, Dinge auch mal ausführlicher zu erklären. Ein Kandidat sollte außerdem niemals so aus dem Hut gezaubert werden, sondern eng mit der Kommune verbunden sein.

Bei den Kommunalwahlen 2020 wünschen wir uns natürlich viele genauso erfolgreiche Wahlausgänge. Habt ihr ein Geheimrezept, das ihr weitergeben könnt?

Matthias: Wichtiger als alles andere ist, dass man nah bei den Menschen ist. Die Rezepte können dann sehr unterschiedlich sein. Es gibt im Grunde kein richtig oder falsch. Man muss sich klar darüber werden, wie die Bedürfnisse der Wählerschaft vor Ort aussehen, auch bezogen auf die Kampagnenstile. Wir haben zum Beispiel eher konservative Wahlplakate gehabt – ich trug bewusst eine Krawatte – um eben auch die Leute anzusprechen, die eher skeptisch gegenüber einem jungen Kandidaten sind.

Patrick: Und ich mit Krawatte, das hätte mir keiner abgekauft. Die Leute kennen mich als einen Typen, der nach dem Training in Sportklamotten durch die Stadt läuft. Es ist nun mal eine Personenwahl. Das heißt, dass man authentisch auftreten muss und nicht versucht, etwas aufzusetzen, was man nicht ist. So habe ich selbst beim Besuch des Seniorenzentrums deutlich gesagt, dass ich mich als Lobbyist für junge Menschen verstehe. Klar gibt es Leute, die das stört. Aber was für mich im Wahlkampf zählt, ist das ehrliche Wort. ■

BUCH-TIPP: JOCHEN OTT ÜBER DEMOKRATIE, LOBBYISMUS UND GUTE KOMMUNALPOLITIK

Es ist ein ernster Blick auf die aktuelle politische Lage, die Jochen Ott als Ausgangsszenario in seinem eben erschienenen Buch skizziert: die Demokratie stehe am Abgrund, der Politik fehle die visionäre Kraft, das Misstrauen in Politikerinnen und Politiker erscheine größer denn je. Und was nun? In seiner Streitschrift „Mehr Politik wagen!“ liefert der ehemalige Vorsitzende der Köln-SPD und derzeitige SPD-Landtagsabgeordnete spannende Impulse für einen Weg aus der Krise des Politischen.

Es ist ein Appell an eine streitbare Politik, die Auseinandersetzungen nicht scheut, sondern programmatische Konflikte austrägt, statt stets den Konsens zu suchen. Es ist ein Appell an eine Politik, die sich von der Vereinnahmung durch einzelne Großkonzerne befreit, dem Lobbyismus Grenzen setzt und die sich selbstbewusst dem Markt als regulierende Kraft entgegenstellt. Und es ist ein Appell an eine Politik, die die Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung von Politik miteinbezieht, indem vielfältige Teilhabemodelle gerade auf kommunaler Ebene erprobt werden. Dann, so Jochen Ott, könne ein balanciertes soziales Miteinander gelingen, in dem ein gutes Leben für alle und nicht nur für wenige möglich ist. ■



* 24.02.1975 † 02.05.2019

Guido van den Berg

Guido van den Bergs Heimat war der Rhein-Erft-Kreis. In Bedburg, im Rhein-Erft-Kreis, in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus hat sich Guido mit großem Einsatz im Stadtrat, im Kreistag und im Landtag stets dafür stark gemacht, dass alle Menschen in einer lebenswerten Region mit Zukunft leben können.

Guido van den Berg wusste um die Bedeutung, die der Strukturwandel für unsere Gesellschaft hat und haben wird. Er hat sich bis zu seinem Tod und immer mit aller Kraft dafür eingesetzt, dass die Menschen vor Ort eine Perspektive haben und niemand ins Bergfreie fällt. Dabei hat er immer die sozialdemokratischen Grundwerte mit pragmatischem und verlässlichem Handeln verbunden. Er gab den Menschen in einer schwierigen Phase Orientierung – nicht nur die Bergleute im Rheinischen Revier werden das bestätigen. Auf allen Ebenen der Partei – vom Ortsverein Bedburg über den Kreisverband Rhein-Erft, die Region Mittelrhein, den Landesverband der NRWSPD bis in die Bundes-SPD hat Guido sich für sozialdemokratische Politik engagiert, stets mutig und unermüdlich. Er war eine Leit- und Integrationsfigur und vielen von uns ein Vorbild.

Wir sind in tiefer Trauer um Guido van den Berg. Ein leidenschaftlicher Kämpfer für die Sozialdemokratie, ein Politiker mit Herz, ein Mann wie ein Baum und doch mit außerordentlichem Feingefühl, ein ehrlicher und wahrer Freund hat den langen Kampf gegen seine schwere Krankheit verloren. Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Frau und den zwei gemeinsamen Söhnen. Wir werden Guido stets in Ehre gedenken.

Sebastian Hartmann (Vorsitzender der NRWSPD)
Nadja Lüders (Generalsekretärin der NRWSPD)
Jochen Ott (Vorsitzender der SPD Mittelrhein)
Dagmar Andres, Brigitte Dmoch-Schweren, Dierk Timm (stv. Vorsitzende der Rhein-Erft SPD)
Sascha Solbach (Bürgermeister der Stadt Bedburg)

DER DIESJÄHRIGE LANDESPARTEITAG

Merkt Euch jetzt schon einmal den Termin für unseren außerordentlichen Landesparteitag 2019 vor:

WANN?

Samstag, 21. September 2019,
ab 10.00 Uhr

WO?

RuhrCongress Bochum,
Stadionring 20, 44791 Bochum

WEITERE INFOS:

www.nrwspd.de/termin/lpt19/



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Nadja Lüders
SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

REDAKTION:

Astrid Mohr, Christiane Spittel,
Christian Obrok

E-MAIL:

vorwaerts@nrwspd.de

INTERNET:

www.nrwspd.de